

Belegabteilungen und Anzeigenstelle sind in der Morgenausgabe angeschlossen. Redaktion: SW. 68, Cindencstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-295. Tel.-Nro. 1111: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindencstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2300-2307

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Nach Baldwin's Sturz.

Das Kabinett Baldwin ist in der letzten Nacht mit 228 gegen 256 Stimmen zu Fall gebracht worden.

Die Botschaft, die in der ersten Nachstunde des heutigen Tages telegraphisch in die ganze Welt von London aus hinausgetragen wurde, ist so wenig überraschend gekommen, wie je eine politische Meldung gewesen sein mag. Denn wenn jemals ein Ereignis viele Tage und sogar Wochen vorher mit Bestimmtheit feststand, so war es der Sturz der Regierung Baldwin bei der Abstimmung über den Misstrauensantrag der Arbeiterpartei. Selbst der Sturz des Kumpfkabinetts Strechmann im November vorigen Jahres, obwohl er schon mehrere Tage vorher nach der parlamentarischen Arithmetik des Reichstages als unermidlich angesehen werden mußte, war bei weitem nicht so gewiß wie das gestern programmatisch eingetretene Ende der konservativen Regierung Baldwin. Sonst hört man bei jedem großen Ereignis in England, sei es auf politischem oder auf sportlichem Gebiete, daß Wetten abgeschlossen werden. Doch aber selbst die Wond-Gesellschaft, das größte Wettunternehmen der Welt, diesmal Wetten gegen den Sturz Baldwin's angenommen hätte, das hat man diesmal nicht gehört, weil offenbar keine noch so hohe Quote die Anhänger der konservativen Regierung dazu verleiten könnte, ihr Geld zum Fenster hinauszuwerfen.

Merkwürdigerweise sind es oft dieselben Genossen in unserer Partei, die die Reichstagsarithmetik als einen Ausfluß „parlamentarischen Kretinismus“ verippen, und die zugleich mit höchster Bewunderung auf das Beispiel der englischen Arbeiterpartei hinweisen, wegen ihrer Ablehnung der Koalitionspolitik. Wenn aber je eine Partei sich streng an die Regeln der parlamentarischen Demokratie gehalten hat, so ist es die Labour Party, und sie verdankt auch ihren Sieg von heute nacht ausschließlich jener vielgeschmähten parlamentarischen Arithmetik. Dadurch, daß die Stimmen der Arbeiterpartei mit denen der Liberalen addiert wurden, ist es gelungen, der Regierung Baldwin, die sich auf die stärkste Partei des Unterhauses und des Landes stützt, zu Fall zu bringen; und dadurch, daß die Liberalen erklären, eine Arbeiterregierung einstweilen zu tolerieren, wird es dem Genossen Macdonald möglich sein, auf einen mehr oder minder langen Zeitraum die Geschicke Großbritanniens zu lenken. Fürwahr, eine wenig beneidenswerte Lage für unsere englischen Genossen, von dem Wohlwollen einer bürgerlichen Partei abhängig zu sein, die, frei von jeder Bindung und von jeder Verantwortung jederzeit Macdonald wird stützen können mit derselben orihmetischen Sicherheit wie gestern Baldwin! Da drängt sich einem jeden unwillkürlich die Frage auf, ob das System der Koalitionspolitik wirklich viel verdammenswerter ist als jenes Experiment einer Minderheitsregierung, welches jetzt in England bevorsteht. Ohne den Ereignissen vorgreifen zu wollen, kann man sich des Gefühls nicht erwehren, als ob das Ende dieses Experiments schließlich doch die Bildung einer Koalitionsregierung sein werde: entweder mit der Arbeiterpartei — oder gegen sie.

Borerst steht aber lediglich fest, daß die Arbeiterpartei allein die Regierung bilden wird und an und für sich ist schon diese Tatsache ein welthistorisches Ereignis; und das allein erklärt schon das merkwürdige Gefühl der Sensation, das Hunderte von Millionen Menschen in England und in der ganzen Welt bei dem Empfang einer Nachricht unwillkürlich empfinden werden, die eigentlich gar nicht sensationell, sondern ganz pünktlich und programmatisch eingetroffen ist.

Dieses Gefühl ist aber durchaus berechtigt, wenn man bedenkt, daß noch vor 20 Jahren der Sozialismus in England so gut wie gar nicht existierte, daß noch während des Krieges die englische Arbeiterbewegung einen vorwiegend gewerkschaftlichen Charakter trug, und daß es gar nicht lange her ist, daß die meisten Führer der englischen Arbeiterpartei, soweit sie sich überhaupt politisch betätigten, die Bezeichnung „sozialistisch“ fern von sich wichen. Aber schon bei den vorletzten Wahlen im November 1922 lagen die Verhältnisse wesentlich anders; die Zahl der Arbeiterabgeordneten, die sich als nur Gewerkschafter bekannten, war verschwindend gering geworden. Die meisten hatten ihre Mandate als Politiker erfochten und erobert, und ein ganz erheblicher Prozentsatz gab sich offen nicht nur als sozialistisch, sondern auch als internationalistisch zu erkennen. Diese Entwicklung hat unter Macdonald's Führung noch ganz erhebliche Fortschritte im Jahre 1923 gemacht. Die bürgerlichen Parteien glaubten der Labour Party einen sehr erheblichen Schaden zuzufügen, indem sie bei den letzten Wahlen im Dezember die Arbeiterkandidaten als Sozialisten bezeichneten. Als Beschimpfung und Befleckung war dies gedacht, als Ehrenritzel und Siegestrumpf sollte es sich auswirken. Und deshalb ist es heute durchaus am Platze, im Gegenfah zu früheren Zeiten, von den englischen Sozialisten zu sprechen.

Diese politische Radikalisierung der englischen Arbeiterschaft fällt nun zusammen mit ihrer Uebernahme der politischen Macht. Freilich wäre es eine vollständige Verkennung der englischen Charakterveranlagung, wenn man daraus schließen wollte, daß England unter einer sozialistischen Regierung auch sozialistisch regiert werden wird. Selbst

wenn die Arbeiterpartei anstatt über ein Drittel der Mandate über die absolute Mehrheit im Unterhaus verfügte, würde sie sich wohl hüten, durch Gewaltexperimente das Tempo der wirtschaftlichen und der politischen Entwicklung allzu sehr zu forcieren. Da sie aber einstweilen nur als Minderheit regiert, wird sie, getreu der in ihr tief verankerten demokratischen Tradition und stets eingedenk der ominösen parlamentarischen Arithmetik eine Politik betreiben, von der sie weiß, daß sie die Mehrheit des Unterhauses und des Landes auf ihrer Seite hat. Das haben alle Führer der Arbeiterpartei seit den Dezemberwahlen betont, und gestern noch hat Macdonald in seinem Schlusswort mit etwas auffallendem Nachdruck beteuert, daß die Angst vor einer sozialistischen „Gefahr“ unbegründet sei. In der ziemlich radikal gesinnten Gruppe der schottischen Arbeiterabgeordneten hat man diese überaus eifrigen Bekenntnisse zur staatsmännischen Realpolitik mit Unbehagen verfolgt. Aber man hat sich wohl gehütet, der bürgerlichen Reaktion den Gefallen einer Spaltung zu erweisen, auf die sie schon spekulierte; vielmehr hat auch die schottische Gruppe leihthin beschlossen, sich an der Regierung Macdonald's zu beteiligen.

Wenn sogar die gefürchteten „Männer von der Clyde“, wie man die revolutionär angehauchten Abgeordneten von Glasgow und Umgebung nennt, das vorzüglich-staatmännische Regierungsprogramm Macdonald's aktiv unterstützen, dann versteht man es auch, warum die Liberalen es selbst von ihrem Standpunkt aus als bürgerlich-kapitalistische Partei ruhig wagen, der Arbeiterpartei in den Sattel zu helfen. Das Abstimmungsergebnis zeigt übrigens, daß die Liberalen fast geschlossen mit Asquith gegen Baldwin gestimmt und daß nur zehn überangestrichene Mitglieder dieser Fraktion ihrem Führer die Gefolgschaft verweigert haben.

Ist eine rein sozialistische Politik von der Regierung Macdonald nicht zu erwarten, so darf man zumindest damit rechnen, daß Macdonald's Politik von sozialistischem Geiste getragen sein wird. Und das ist schon ungeheuer viel. Denn es bedeutet weltpolitisch, daß die internationalen Probleme, bei deren Lösung nacheinander die Koalitionsliberalen unter Lloyd George und die Konservativen unter Bonar Law und Baldwin total versagt haben, von einer anderen Warte aus betrachtet und behandelt werden. Freilich werden unsere englischen Genossen auch die Interessen Großbritanniens zu wahren haben und zu wahren wissen, zumal diese nationalen Interessen drüben wie haben mit den Interessen der eigenen Arbeiterklasse auf das engste verknüpft sind. Darüber hinaus werden sie vielleicht sogar manches Kompromiß zwischen ihren persönlichen Empfindungen und den realpolitischen Notwendigkeiten des Augenblicks schließen müssen. So hat in der gestrigen Unterhausführung der Erste Lord der Admiralität Amery das Flottenbauprogramm der Regierung Baldwin entwickelt und seine Hoffnung ausgesprochen, daß es von der Arbeiterregierung übernommen wird. Zweifellos haben sich unsere englischen Genossen die Behebung der Arbeitslosigkeit in der Schiffbauindustrie anders gedacht als durch den Bau von Kreuzern, Unterseebooten und Torpedobootzestörern. Und doch werden sie es kaum vermeiden können, zumindest einen Teil dieses Rüstungsprogramms zu übernehmen und durchzuführen. Einmal um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, einigen tausend Erwerbslosen die Arbeitsgelegenheit vorenthalten zu haben, dann aber auch weil es den Interessen Englands entspricht, eine starke Flotte zu besitzen und mit ihr den englischen Kolonialbesitz, diese unentbehrliche Wohlstandsquelle des Mutterlandes, vor jeder Ueberraschung gesichert zu wissen.

Die Entwicklung der Dinge seit Versailles und durch Versailles hat übrigens gezeigt, daß ein starkes Großbritannien eine Voraussetzung für die Wiederkehr des Friedens in Europa ist. Die englische Arbeiterpartei hat in den letzten Jahren zur Genüge bewiesen, daß sie ehrlich entschlossen ist, im Sinne der international-sozialistischen Beschlüsse das Versailles Diktat in einen wirklichen Friedensvertrag umzugestalten. Aber sie wird als Regierungspartei ihre Absichten nur dann in die Tat umsetzen können, wenn sie sich ebenfalls auf eine reale Macht stützt: Denn nur so kann es ihr gelingen, die verheerende imperialistische Politik Poincaré's am Rhein in Schach zu halten. Darüber hinaus beabsichtigen allerdings unsere englischen Genossen auch mit moralischen Waffen gegen die Unernunft des Poincarismus zu kämpfen und an das Gewissen der Welt zu appellieren. Deshalb stellen sie die Forderung nach einer Vervollständigung des Völkerbundes in den Vordergrund. Aber dieser Kreuzweg für den Frieden wird nur dann Erfolg haben, wenn die Welt weiß, daß hinter ihm nicht nur die englische Nation, sondern auch die englische Flagg steht.

Im übrigen kann man wohl sagen, daß die Ziele und die Interessen der englischen Demokratie in weitem Maße identisch sind nicht nur mit denen der deutschen, sondern auch der französischen Demokratie. Darin liegt eine große Hoffnung für Europa und deshalb ist es gerade die Sozialdemokratie, die in allen Ländern und vor allem in Deutschland ein besonderes Recht hat, das historische Ereignis, das sich jetzt in England vollzieht, zu beurteilen, ja sogar zum Teil als einen eigenen verheißungsvollen Sieg zu feiern.

Londoner Krisenbesprechungen.

London, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Nach der Abstimmung über den Misstrauensantrag beantragte Macdonald Schluss der Debatte. Dieser wurde mit einer Mehrheit von 77 Stimmen beschlossen. Baldwin schlug Vertagung des Unterhauses bis zum 12. Februar vor, da sich jedoch Widerspruch erhob, wurde beschlossen, daß heute noch eine Sitzung stattfinden würde.

London, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Mitglieder der gestrigen Regierung wurden heute vormittag zu einer Kabinettsitzung zusammenberufen, in der der Rücktritt des Kabinetts formell beschlossen und unmittelbar danach von Baldwin dem König in einer bereits nachgekauften Audienz, die in den Mittagsstunden stattfindet, überreicht werden wird. Am späten Nachmittag wird Macdonald zum königlichen Palast von Buckingham gerufen werden und den Auftrag zur Regierungsbildung erhalten.

Unterdessen hat auch die Arbeiterpartei heute vormittag eine Führerkonferenz abgehalten, in der ihre künftige Politik erörtert wurde.

Um 12 Uhr mittags treten auch die Liberalen zusammen, um die weitere Haltung ihrer Partei gegenüber der Arbeiterregierung zu besprechen. Von liberaler Seite wird hervorgehoben, daß die 10 Abgeordneten dieser Partei, die entgegen der Parole ihrer Führer für die Regierung gestimmt haben, diejenigen sind, die bei den Wahlen gegen Arbeiterkandidaten mit der offenen Unterstützung der konservativen Stimmen gestimmt hatten, also z. B. die Dezwinger von Henderson und C. R. Bayton.

Die Arbeiterabgeordneten haben ihren Sieg ohne Ueberstehung ausgenommen, und Macdonald erklärte in einer Unterredung mit Pressevertretern, daß einzige, was er sagen könne, sei, daß er sein Bestes tun werde. „Wir stehen vor einer sehr schweren Aufgabe und wie werden unsere ganze Energie in ihren Dienst stellen. Meine Gefühle in diesem Augenblick sind weit von Jubelentfernt. Eine sehr große Verantwortung lastet auf uns. Wie mögen schicksalhaft der Erfolg haben — aber das eine kann ich sagen, daß keine verantwortliche Regierung dieses Landes mit größerer Ehrlichkeit versuchen wird, dem Lande zu dienen, als meine Regierung. Ich bin außerordentlich stolz auf die Arbeiterpartei und denke, daß ein jeder Arbeiter in diesem Lande von dem Wunsche befeuert sein wird, zu wirken und zu opfern, um seiner Partei zur Ehre zu gereichen und sie in die Möglichkeit zu versehen, den Erfolg davon zu tragen.“

London, 22. Januar. (WIB.) Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ schreibt, die Arbeiterpartei übernehme die Regierung mit einer klaren Erkenntnis der Schwierigkeiten, die dem Ministerium bevorstehen, da sie sich nur verlassen könne auf die Stimmen nicht ganz eines dritten Teils der Unterhausmitglieder. Wenn das Experiment scheitern sollte, so würde dies einen peinlichen Rückschlag bedeuten.

Zur gestrigen Niederlage der konservativen Regierung schreibt das Blatt der Daily News, die „Morning Post“, die konservative Partei werde stärker und besser aus ihrem schweren Unglück hervorgehen.

„Daily Mail“ sagt, Baldwin sei verantwortlich für die unglückliche Lage, in der die konservative Partei sich heute befindet. „Times“ schreibt, die Prophezeiung, daß das Land bei den nächsten Neuwahlen nicht für die Liberalen stimmen werde, sei vielleicht etwas zu positiv gehalten, enthalte jedoch ein gewisses Maß von Wahrheit.

„Daily Telegraph“ führt aus, die Gefahr, die mit der Regierungsübernahme durch die Arbeiterpartei verbunden sei, bestehe darin, daß sie freie Hand haben werde, die nächsten Neuwahlen zu machen.

Die liberale „Westminster Gazette“ schreibt, das Land sei die schwächste Regierung der letzten Zeit los. Die Arbeiterpartei müsse nun beweisen, daß sie regieren könne. Sie werde es nur können, wenn sie sich von Anfang an vor Augen halte, daß sie eine Minderheitsregierung ist und bei allem, was sie tut, vom Wohlwollen und der Unterstützung der anderen Parteien abhängt.

Die „Pfalzrepublik“ vor dem Haager Gericht?

Eine sonderbare Anregung Poincaré's.

London, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Ueber den Schritt des englischen Vorkämpfers in Paris, Lord Crewe, bei Poincaré in der Frage der Eisenbahnblockade der englischen Zone erklärt man von unterrichteter Stelle, daß Poincaré bei dieser Gelegenheit anregte, daß die Frage der Separatistenrepublik in der Pfalz vor das Haager Schiedsgericht gebracht werde. In Sachen des Kölner Eisenbahnkonfliktes bestritt Frankreich, daß es sich um eine Blockade der englischen Zone handelte. Diese sogenannte Blockade besitze lediglich in rein technischen Umweilungen zwecks Entlastung des Eisenbahnverkehrs.

Die von Poincaré angeregte Anregung des Haager Schiedsgerichts in der Frage der Pfalz-Republik zeigt, wie sehr er die Ergebnisse der Untersuchung des Konflicts Clive fürchtet. Dieser Vorschlag ist zwar in diesem Stadium der Dinge eine Frechheit, aber Deutschland brauchte nichts dagegen einzuwenden, da dadurch auch die übrigen strittigen Fragen vor ein unparteiliches Forum gebracht werden könnten, also auch die Ruhrbesetzung.

Der Vorstoß gegen die Beamten.

Warnung des preussischen Ministerpräsidenten.

Das Reichskabinett hat bekanntlich am Ende des verflohenen Jahres die Beamten plötzlich mit der Einführung des Neunstundenbetriebes überfallen und den Achtstundentag durch eine Verordnung ebenso plötzlich ausgestrichen. In Verbindung mit der Herabsetzung der Gehälter hat diese überraschende Verfügung begreifliche Verbitterung hervorgerufen. Wenn sie nicht zu explosiven Abwehrmaßnahmen geführt hat, so ist das neben der Tatsache, daß gleichzeitig die Waffentüchtungen einsetzten, vor allem dem Pflichtgefühl der Beamten zu danken.

Man darf aber nicht annehmen, daß die Verfügung des Reichskabinetts von allen in Betracht kommenden Behörden widerspruchslos hingenommen worden ist. Der „Voss. Ztg.“ ist jetzt ein Schreiben des preussischen Ministerpräsidenten, Genossen Otto Braun, auf den Redaktionsstisch geflogen, das am Silvesterabend an den Reichsminister des Innern gerichtet wurde und die ernstesten Bedenken gegen die schematische Verlängerung der Dienstzeit geltend macht. Das Schreiben hat der „Voss. Ztg.“ nach folgenden Wortlaut:

31. Dezember 1923.

Zu dem Schreiben Eurer Hochwohlgeboren vom 22. Dezember 1923 — V. 9361. A —, zu dem die Stellungnahme des Staatsministeriums vorbehalten bleibt, drängt es mich, vorerst kurz folgendes zu bemerken:

Ich gehe mit der Reichsregierung darin einig, daß die furchtbare Not unserer Zeit die volle Ausschöpfung der Arbeitskraft der im Dienste des Staates stehenden Beamten und Angestellten heißt. Ich bezweifle aber, daß das eine schematische Verlängerung der täglichen Dienstzeit der Beamten bedingt. Worauf es ankommt, ist, durch vermittlungsfähige organisatorische Maßnahmen die Intensität der Dienstleistung der Beamten und Angestellten bis zur höchsten Stufe zu steigern und den Leerlauf auf das geringste Ausmaß herabzudrücken. Das kann niemals durch eine schematische Festsetzung der Dienstzeit erreicht werden, die die Verschiedenartigkeit der Anforderungen naturgemäß nicht berücksichtigen kann, der mannigfaltige Dienst in der Staatsverwaltung, sei es im inneren Dienst, sei es in der Rechtsprechung oder gar im Forschungs- und Unterrichtsbetrieb, an die geistige und physische Kraft des einzelnen stellt.

Ich befürchte daher, daß die Durchführung der Richtlinien der Reichsregierung in der durch die unzulängliche Befoldung ohnehin stark beeinträchtigten Beamten- und Angestelltenchaft neue Mißstände auslösen wird, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung ihrer Dienstleistung führen muß, was leicht eine Verminderung der Arbeitsleistung zur Folge hat, zumindest keine Erhöhung aufkommen läßt. Denn letzten Endes ist doch für das Wohlfühlen der Beamten und Angestellten ihre Dienst- und Arbeitsfreudigkeit und ihre durch die Höhe der Befoldung nicht unerheblich beeinflusste geistige und körperliche Leistungsfähigkeit entscheidend. Können Reich und Länder infolge ihrer prekären Finanzlage ihren Beamten vorübergehend eine ausreichende Befoldung nicht gewähren, so müssen sie um so mehr darauf Bedacht nehmen, alles zu unterlassen, was geeignet ist, die Dienst- und Arbeitsfreudigkeit der schwer unter der materiellen Not leidenden Beamten- und Angestelltenchaft noch mehr zu beeinträchtigen. Das scheint mir bei dem Erlaß der Reichsregierung über die Dienstzeit der Beamten nicht hinreichend berücksichtigt zu sein.

Ich verkenne keineswegs, daß es die schwere Not unseres Landes ist, die die Reichsregierung zu diesem Schritt veranlaßt hat. Gleichwohl glaube ich meine ersten Bedenken nicht unterdrücken zu dürfen, um so mehr nicht, als ich auch unter dem Gesichtspunkt der Sparpolitik mich der Befürchtung nicht entschlagen kann, daß durch diese Verlängerung der Dienstzeit im Hinblick auf den Wehrverbrauch usw. auf den Zeitverlust beim Beginn und der Beendigung der Mittagspause und unter Berücksichtigung der vorstehend dargelegten psychologischen Momente eher das Gegenteil von dem durch diese Maßnahme Erstreben eintreten kann.

gez. Braun.

An den Herrn Reichsminister des Innern.

Es ist dankenswert, daß Genosse Braun auf die wirklichen Mängel der Verwaltung, auf den Leerlauf, hinweist und auf die Gefahren, die die einseitige Mehrbelastung der Beamten- und Staatsangestellten bei gleichzeitiger Kürzung der Einnahmen hervorrufen muß. Warnende Stimmen sind freilich genugsam geltend gemacht worden, ohne daß das gegenwärtige sozialistische Reichskabinett auf sie gehört hätte. Bei ihm gilt, wie aus dem Brief des Reichsfinanzministers hervorgeht, die Herabdrückung der sozialen Lage der Gehalts- und Lohnempfänger als der Wirtschaftswelt der letzter Schlus. Bei Emminger, Luther und Jarres sind die Kräfte konzentriert, die im Sinne des Scharfmachertums deutsche „Sozialpolitik“ betreiben.

Albert Thomas über den Achtstundentag.

Arbeitszeit und Internationales Arbeitsamt.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Genosse Albert Thomas, ist bei seinem letzten Besuch in Berlin, wie wir annehmen, versehenlich einem Mitarbeiter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ in die Arme gelaufen und hat sich von diesem über das Arbeitszeitproblem ausfragen lassen. Thomas gab bei dieser Gelegenheit seiner Ueberraschung Ausdruck „über die Schnelligkeit und Festigkeit“, mit der man sich hierzulande in die Neuordnung gestürzt hat. Er fuhr dann fort:

Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß es das Ziel des Internationalen Arbeitsamts ist, die Anwendung des Achtstundentages überall da zu veranlassen, wo er eingeführt werden kann, wie dies der Friedensvertrag vorschreibt. Wir erkennen natürlich an, daß es notwendige Abweichungen gibt und daß es zur Durchführung dieser Grundgedanken einer gewissen Geschmeidigkeit und Biegsamkeit bedarf. Auch das Abkommen von Washington selbst läßt ziemlich viele Abweichungen zu. Aber die neue deutsche Gesetzgebung geht unendlich weit darüber hinaus.

Ich bedaure aufrichtig, daß die Staaten schon seit einigen Jahren nicht in einem System gegenseitiger Verständigung festgelegt sind, wie es das Abkommen vorschreibt. Ich gebe aber die Hoffnung nicht auf, daß sie noch dazu kommen werden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse und die zwingenden Gründe für ein internationales Vorgehen sind so, daß die Arbeitsfreien nicht durch ein einzelnes Volk ohne wirtschaftliche Rückwirkung auf die anderen erschrieben werden können. Ich glaube mich der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß eine angestrebte internationale Verhandlung die Einführung einer Regelung zeitigen könnte, die, wie es wünschenswert ist, eine gewisse Gleichmäßigkeit in den Bedingungen bei allen Industrien herstellen würde, und die die Interessen der internationalen Politik nicht ausschließlich auf die Arbeiter aller Länder wälzen würde.

Da diese Antwort dem Stimmesblatt natürlich sehr ungenügend ist, hilft es sich mit der ebenso albernen wie unanstößigen Unterstellung, Genosse Thomas wolle als Franzose Deutschland die Ausführung des Friedensvertrages unmöglich machen, um auf diese Weise das weitere Verbleiben des französischen Militärs im Ruhrrevier zu ermöglichen.

Keine Freidenkerpartei!

Zu dem Artikel des Genossen Woss Hoffmann über „Sprengungstendenzen in der Freidenkerbewegung“ erhielten wir eine Reihe Zuschriften, deren wörtlichen Abdruck wir uns aus Raumgründen verweigern müssen. Wir können uns so eher von ihm Abstand nehmen, da die Zuschriften alle ohne Ausnahme sich gegen das Vorgehen der Ortsgruppe Triebes in Thüringen, eine „neue“ Kulturpartei und „große Freidenkerfraktion“ im Reichstag zu gründen sowie einen eigenen Wahlfonds einzurichten, mit gleicher Schärfe wie Genosse Hoffmann wenden. Daß der Artikel Hoffmanns kein „falscher Alarm“ war, geht besonders daraus hervor, daß die Gemeinschaft proletarischer Freidenker selbst in einer Zuschrift antwortet: „Wir müssen deshalb unsere Mitglieder ersuchen, der Aufforderung unserer Ortsgruppe in Triebes nicht stattzugeben, sich vielmehr innerhalb der Gemeinschaft jebweder parteipolitischen Tätigkeit zu enthalten.“ — Wenn in Thüringen selbst Freidenkerorganisationen schon früher gegen den Versuchsbollen von Triebes

protestiert haben, so ist das erfreulich. Uns war ein solcher Protest nicht zu Gesicht gekommen.

Der Sekretär der Gemeinde proletarischer Freidenker erklärt, sein Name sei ohne sein Wissen und Willen in den Aufruf gekommen, da es ist freilich sonderbar, daß sein Name mit einer Postschlüsselnummer zu Wahlfonds-Einnahmen ohne seine Zustimmung veröffentlicht werden konnte. Da aber der Sekretär in der Zuschrift an uns schreibt, „es sei angesichts der augenblicklichen politischen Situation durchaus verständlich, daß einzelne Säumer und Dränger sich unbefriedigt abwandern und nach neuen Wegen suchen, so könne auch keinem Menschen verboten sein, neue Parteien zu gründen, ganz gleich, aus welchen Motiven ihr Vorgehen zu erklären sei“, so kann der Sekretär der Gemeinde proletarischer Freidenker sich nicht wundern, wenn trotz seiner jetzigen Ablehnung keine Stellung dazu mehr als mißverständlich aufgestellt werden konnte.

Wenn schließlich Genosse Woss Hoffmann auf die Frage in der Zuschrift der Gemeinde proletarischer Freidenker, warum er, Hoffmann, sich nicht an die Leitung der Gemeinschaft gewandt hat, antwortet, „einmal sei der Aufruf öffentlich verbreitet und mußte öffentlich beantwortet werden, andererseits aber verspüre er nach den Erfahrungen, die er in der Anschlußsache mit der Berliner Freireligiösen Gemeinde gemacht habe, keine Neigung dazu“, so können wir das nicht ändern.

Eine Merkwürdigkeit.

Referate der Reaktionsparteien.

Im Jahresbericht der Essener Handelskammer, der hier schon gemeldet wurde, findet sich auch der schöne Satz: „Der Marxismus gab der Frau das Wahlrecht und nahm auch die Kampfmethode des Weibes an.“

Nun veröffentlicht die „Deutsche Zeitung“ eine Statistik über das Ergebnis der Gemeindevahlen in Dresden, wo nach Geschlechtern getrennt abgestimmt wurde, und schließt diese mit der triumphierenden Feststellung:

„Ganz besonders stark — rund 50 Proz. — ist das Uebergewicht der weiblichen Stimmen bei den Deutschen nationalen und der Volkspartei.“

Danach müßte doch viel eher angenommen werden, daß die Reaktionsparteien vom weiblichen Einschlag stark beeinflusst sind und ihrerseits die „Kampfmethode des Weibes“ angenommen hätten. Allerdings — das muß zur Ehre der Frauen gesagt sein — nur die Kampfmethode hysterischer Weiber!

Zum Komplott gegen Seekt.

München, 22. Januar. (L.) Wie die „Münchener Allgemeine Zeitung“ aus Augsburg meldet, hat der wegen des Nordkomplottes gegen den General v. Seekt verhaftete und nach Berlin gebracht Fabrikbesitzer Dr. Gaisried Grandel als fanatischer Anhänger der nationalsozialistischen Partei in dieser eine ziemlich große Rolle gespielt. Dr. Grandel ist Inhaber der Firma Georg Grandel, Delc, Kaufhaus, und Riisfabrik in Augsburg. Das gleiche Blatt meldet, daß ein Teil der Führer des Nordkomplottes gegen den General von Seekt sich nach Augsburg zu ziehen scheine und daß die dortigen nationalsozialistischen Kreise nicht so unbeeinträchtigt an der Sache sein dürften, als man annehme.

Die Spekulanten lauern.

Die erwartete Veröffentlichung der dritten Steuernotverordnung gibt der Spekulation Veranlassung zur Zurückhaltung. Das drückende Bilanzprogramm gibt zu Kombinationen Anlaß. Die Geldschäuferei nimmt zu. Heute war Börsenfest mit 1/2 Prozent pro Tag und darunter zu haben. Die Seehandlung nimmt vorläufig keine großen Beträge mehr an, da sie schwer kurzfristig unterzubringen sind. Für langfristige Kredite besteht bei den großen Geldgebern vorläufig noch wenig Neigung, man will sich nicht auf längere Zeit festlegen. Vereinzelt kommen Papiermarktabschlüsse auf einen Monat zu 5-6 Prozent monatlich zustande; Abschüsse mit Goldkupon 2-4 Prozent monatlich. Die Industrie zeigt starken Kapitalbedarf, ist nicht in der Lage, allzu hohe Zinsfüße zu bewilligen. Nachfrage nach Montanaktien und verschiedenen Spezialpapieren ziemlich rege, dagegen Anleihen, ganz besonders auch Kriegsanleihe, stark angeboten.

Aus neuen Briefen Otto Brahm's.

Die Briefe des hervorragenden Theaterkritikers und Theaterdirektors Otto Brahm an Georg Hirschfeld, die in den „Preussischen Jahrbüchern“ veröffentlicht werden, enthalten eine Fülle wichtiger Mitteilungen aus dem künstlerischen Leben Berlins im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts, in dem Brahm als Direktor des Deutschen Theaters einen neuen Stil der Regie schuf.

Während in den Theatergeschäften widmete er sich dem Studium Gottfried Kellers, den er persönlich gekannt hatte, und denkt sogar daran, dessen dramatisches Fragment „Therese“ aufzuführen. Ihn sucht Brahm für sein Theater zu gewinnen und wechselt mit ihm Depeschen wegen einer unbefugten Aufführung der „Wilden“ durch Vaulenburg, den Direktor des Residenztheaters. „Der Alte macht sich vor Droht sehr liebenswert.“ Als er aber dann verliert, die Blumenthal überlassen „Gespens“ zu bekommen, ist der „Rogus aus dem Norden“ nicht so freundlich: „Heute habe ich einen Brief von alten Ibsen, der mich etwas verdross. Er lehnt es einfach ab, ohne Motivierung, etwas für mich und contra Blumenthal in Sachen der „Gespens“ zu tun. Wenn ich nun bedenke, wie Dölar gegen ihn und ich für ihn gearbeitet habe, so kann nur der Respekt mich verhindern zu sagen: Ein trasser Kerl, man ziehe sich keine Dichter hoch!“ Viel ist natürlich die Rede von Gerhart Hauptmann, mit dem Brahm seit den ersten Anfängen der „Freien Bühne“ innige Freundschaft verband. Wir erfahren hier auch einiges über die geheimnisvolle Amerikareise des Dichters Anfang 1894. „Mit Gerhart ist es doch eine erste Sache“, schreibt Brahm am 9. Februar an Hirschfeld. „Zuverlässiges weiß ich nicht, weil alle, die etwas erfahren haben, sich in einen Mantel des Geheimnisses hüllen, durch dessen Löcher sie dann aber doch allerlei Ungewisses durchblicken lassen. Seine Frau und Kinder sind ebenfalls nach Amerika, ob mit ihm oder auf einem anderen Schiff, darüber schwanken die Versionen. Im zweiten Falle wären sie ihm also nachgereist, er soll auf einen Tag auch in Berlin gewesen sein. Bebel soll sich bemüht haben, auszugleichen; er hat aber, und zwar in Erfüllung öfters befandener Absicht darauf bestanden: Er müsse heraus. Kluge Leute glauben ihn bemerkt zu haben, auch Carl (Karl Hauptmann) soll das tun; ich meine aber, daß man sehr vorsichtig sein muß im Urteil, selbst wenn man die Sache sehr genau überlebe, und daß ein Mensch wie Gerhart auch, wenn er grausam zu handeln scheint, nach inneren Reimelheiten tut und daß man seinem Dämon vertrauen muß.“ Am 13. Mai 1894 berichtet er dann: „Er ist da, Georg. Es behält ich nicht; gefestigt der Gerhart mit einer Schiffsmaße an meiner Ringelgürtel gebräunt und geheilt. Er ist etwas verschümpft, etwas überfressen von dem guten Schiffsessen, aber sonst vergnügt und arbeitslustig. Seine „Geschichte“ ist doch wesentlich anders, als man sie kombinieren hatte, und er will einen Roman, seinen Roman draus machen.“

Bei den Engagements für das Deutsche Theater kam Brahm auch nach Salzburg, wo er einen jungen unbefangenen Schauspieler aufzutreten sah, der ihm aus Wien empfohlen worden war. Der 23jährige spielte den alten Oberstleutnant in Sudermanns „Heimat“ so vortrefflich, daß Brahm ihn engagierte. Es war Rog Rein-

hardt. Und zuletzt noch eine Schilderung des neuen Theaterdirektors, der sich eben im Deutschen Theater häuslich eingerichtet hat: „Also ich sitze und schreibe. Les's äußerlich — heute regnet's und ist gelinde — teils innerlich. Seit 1875, als ich aus dem Geschäft austrat, also seit 19 Jahren, habe ich in keinem Bureau mehr gewirkt; schon das macht mir daher neue Sensation, und nicht von der angenehmen Art. Alle Augenblicke Kopfs, und jemand will was wissen, was ich selbst nicht weiß. Hunderterlei ist zu ordnen und anzuordnen und zu erwägen; und eine kleine Zentnerlast legt sich einem auf die Seele — während ich in Rüstungen doch nur um 4 Pfund erleichtert wurde. Das alles wird sich allmählich schon zurecht richten; aber als ein sehr unangenehmer Moment wird mir doch der vorstehende, durch viele Jahre, den ich neulich bei L'Arronge beobachtet habe: Wie er seine letzten Papiere zusammenpackte, die Schlüssel seinem Nachfolger übergab und sagte: Adio!“

Festkonzert des Bildungsausschusses.

Das 4. Festkonzert des Bezirksbildungsausschusses fand im großen Saale der Philharmonie als Kammermusikfest statt. Die Wahl des Saales wurde durch die Wahl der Künstler gerechtfertigt, die das Programm bestritten. Das Ringler-Quartett zog die Waffen so mächtig an, daß man für diese Stunden erlaubte und weithinverbreiteten Genuss weitest Räumlichkeit bedurfte.

Ichalkowffs F. Dur. Quartett Opus 22 eröffnete das Konzert. Die glatte Melodie und raffige Rhythmus des Russen wurde in so überlegener Weise aufgesponnen, daß man sich der deutschen Umwertung des Wertes mit Behagen hingeben konnte und diese gefühlsmäßige Verschmelzung als festliches Erleben aufnehmen durfte. Mit besonderer Liebe wurden die Quarten des „Andante ma non tanto“ ausgeführt und in ihrer bald leidenschaftlichen Blut, bald melancholischen Süße ausdrucksvoll erfüllt und gestaltet. Dieses völlig von Erdenschwere gelöst und nach innen gerichtete Musizieren gab auch dem wunderbar aufblühenden F. Roll. Quartett Op. 59 von Beethoven die Weib. Auch hier wieder der langsame Satz „molto adagio“ ein gläubig durchgeführtes Erleben von unerschöpflichen Grenzen. Aus meisterlicher Beherrschung des Zusammenstimmens heraus färbten sich die Bogen der bewegten Süße zur greisbarsten Deutlichkeit und es erhärtete sich aufs neue der Glaube daran, daß das Ringler-Quartett in seiner weisen Künstlerkraft zum Besten gehört, was die Erde an kammermusikalischer Einheit besitzt. Verdienst und Tat nicht zum geringsten seines Führers Karl Ringler, der durch Bach's Adagio und Fugue aus der G. Major Violin-Sonate die Brücke zwischen den beiden Quartetten schlug, und insbesondere durch die rühmlich besonnene Auffassung der Fuge deren Aufstreben zu los Weite leitern konnte, daß das Gefühl ihres kompositen Aufbaues zur Gewißheit wurde, errichtet auf den blühenden, stofflichen Flächen des vorausgehenden Adagios, dessen verstärkte Schilderung Irdisches verneinen konnte.

Soll man sich da wundern, wenn der Beifall hemmungslos auch schon nach den einzelnen Sätzen der vornehmsten Werke losbrach? Obwohl sich wohl auch das Ringler-Quartett nicht verhehlen wird, daß eine Entschlossenheit und Aufspaltung der Aufgaben auf den

Schlus der Werte künstlerisch erwünschter wäre. Aber wer sollte solchen Ueberhang der Begeisterung bei derartigen Vorkommnissen nicht verstehen können?

Ein Interview mit Nora. Sie ist jetzt 75 Jahre geworden, die „Kleine Berge“ aus dem „Puppenheim“, und aus diesem Anlaß hat der Vertreter eines Blattes in Kopenhagen, wo das Urbild zu Ibsens Nora jetzt wohnt, die alte Dame, die Laura Kieler heißt, aufgesucht. Sie erzählte dem Interviewer, wie sie schon als junges Mädchen mit Ibsen zusammengekommen war, nachdem sie bereits vorher seine Aufmerksamkeit durch eine Schrift „Brands Töchter“ erweckt hatte, die sich mit den religiösen Problemen in „Brand“ beschäftigte. Ibsen gefiel das junge Mädchen, das er „Berde“ nannte, sofort. Aber einige Jahre später, als sich Laura verheiratet hatte, geschah etwas, was die „Berde“ und den Dichter für viele Jahre auseinander brachte: Ibsen schrieb sein „Puppenheim“, und war nach einem wirklichen Ereignis in Frau Kieler's Haus. Ihr Mann war krank, und sie nahm ein Vorleben auf. Unter ihren vielen Feinden verbreitete sich das Gerücht, sie habe „faß geschrieben“, und als dieses Gerücht auch zu Ibsen kam, schrieb er sein Stück als eine Art Verteidigungsschrift für sie. Das war unüberlegt. Sie hatte nicht „faß“ geschrieben; aber die Oeffentlichkeit glaubte nun schwarz auf weiß zu haben, daß sie es getan hätte. „Nora“ mußte viele schwere Jahre durchleben. Die wirkliche Nora verließ aber ihr Heim nicht. Sie blieb und bezahlte die Schuld ab. Aber auch ihr Mann sah die Frage eine Zeitlang ebenso wie Holmer auf. Als Ibsen endlich, einige Jahre vor seinem Tode, Frau Kieler wieder traf, als sie ihm die Wahrheit erzählte und ihre Verden nach der Veröffentlichung des Stückes beschrieb, da meinte der alte Dichter, So erzählt „Nora“, die seit vielen Jahren in Dänemark wohnt.

Die erste auslanddeutsche Republik. Der erste Kongreß der Räte der „Arbeitskommune des autonomen Gebietes der Wolgodeutschen“, der dieser Tage in Bokromsk a. d. Wolga stattfand, hat mit beiderer Erlaubnis der Moskauer Zentralregierung beschlossen, das Gebiet in eine Sozialistische Sowjetrepublik umzugestalten und dem Bund der Sozialistischen Sowjetrepubliken (SSSR) beizutreten. Damit ist zum erstenmal in der Geschichte eine auslanddeutsche Republik entstanden, deren Verfassung sich infolge ihres sowjetischen Charakters zwar von der anderer Republiken unterscheidet, den Wolgodeutschen aber die Möglichkeit geben soll, sich nach den Jahren blutiger Bürgerkriege und folgenschwerer Hungerkatastrophen wirtschaftlich wieder zu erholen. Die deutschen Wolgodeutschen waren seit 1918 unfreiwillig autonom und hatten dafür überaus schwere Naturalsteuern zu entrichten. Wie weit die Hoffnungen der Wolgodeutschen Sowjets, von denen übrigens jedes „sozialdemokratische, bürgerliche und bourgeoise Element“ ferngehalten wird, sowie die der Moskauer Regierung auf eine Beschleunigung des Wiederaufbaues der zerstörten Wolgodeutschen durch die neue Republik gerechtfertigt sind, wird erst die Zukunft erweisen.

Kohlensauerstoff im Kieselstein. Der russische Geologe W. W. W. hat, wie der „Düsseldorfer“ berichtet, im Bezirk Belakowka im Uralgebirge innerhalb des Kiesel der Gabbrokomplexen an der Mündung des Flusses Starla auch Kadmium gefunden.

Rohrhammerstimmung.

Enttäuschung im kommunistischen Lager.

Wir haben uns in Anbetracht der Unterdrückung der kommunistischen Presse, die wir nach wie vor auf das entschiedenste verurteilen, die größte Zurückhaltung gegenüber der kommunistischen Partei auferlegt. Die Vorgänge innerhalb dieser Partei sind aber politisch doch so bedeutsam, daß wir nicht umhin können, auf die wesentlichen von ihnen einzugehen und sie kritisch zu beleuchten. Lieber die gegenwärtig in der KPD herrschenden Stimmungen unterrichtet ein Artikel von **Thalheimer** in der Straßburger „Humanität“.

„Der Rückzug, den die deutsche Arbeiterklasse im Oktober angetreten hat, und der Gegensatz zwischen den hochgespannten Erwartungen und Vorbereitungen der Partei und dem wirklichen Verlauf der Dinge hat natürlich nicht verfehlt, bestimmte Rückwirkungen in unserer Partei auszuüben. Diese Rückwirkungen äußerten sich in einer vorübergehenden Herabsetzung der Aktivität, die ihren ideologischen Ausdruck fand in der Parole: Alles oder nichts. Das heißt, daß der Entscheidungskampf nicht geführt werden konnte, ergab sich ein starkes Zögern, an die Organisation derjenigen Teilklassen heranzugehen, die notwendig und möglich waren. Diese Herabsetzung machte sich vorübergehend geltend in der Vernachlässigung der elementaren Aufgaben, die der Partei durch ihre Beteiligung in die Illegalität und die Repressalien des Faschismus auferlegt waren.“

Die Rohrhammerstimmung, die aus dem Bericht Thalheimers spricht, beschränkt sich nicht auf die deutschen Kommunisten allein. Auch auf dem soeben abgeschlossenen kommunistischen Parteikongreß in Moskau, auf dem der heftige innere Konflikt in der russischen Kommunistenpartei leidenschaftliche Debatten entziffelte, stand die Frage der deutschen Revolution als wichtiger Faktor mit zur Diskussion. **Kamenew**, eines der drei Mitglieder des „Dreimännerkollegiums“, das Rußland beherrscht, machte hierbei außerordentlich wichtige Bekundungen, die die Taktik der KPD. in den kritischen Oktober- und Novemberwochen blickartig beleuchteten. Indem er sich gegen die von Trotzki geführte Parteioption wandte, die am 15. Oktober ein Pronunziament an das Zentralkomitee gerichtet hatte, gab er folgende bedeutsame Erklärung ab („Prawda“ Nr. 10, 12. Januar):

„Genossen, ich kann Euch jetzt sagen, daß wir am 9. November, das heißt drei Wochen später, den Zustand des deutschen Proletariats erwarteten. Einige Genossen, die dieses Pronunziament mit unterzeichnet hatten, wußten nach dem Charakter ihrer Arbeit und der ihnen übertragenen Aufgaben, daß die Politik des Zentralkomitees unserer Partei darauf zugeschnitten und gerichtet war, daß am 9. November in Berlin die Sturmglöcke der proletarischen Revolution erklingen werde.“

In seinen weiteren Ausführungen kommt **Kamenew** noch einmal auf die Hinterhältigkeit der Opposition zu sprechen, die den Kampf gegen das Zentralkomitee in einem Augenblick aufnahm, wo dieses seine ganze Politik auf die kommunistische Revolution in Deutschland zugeschnitten hatte. Stellt man diese Erklärung in Parallele mit dem Eingeständnis Thalheimers, daß die KPD. im Oktober auf den entscheidenden Schlag hingearbeitet hatte, entsinnt man sich auch der Einzelheiten des mißglückten Hamburger Putschs, so kommt man zu dem untrüglichen Schluß, daß die KPD. auch diesmal, wie 1921 während des mitteldeutschen Aufstandes, in engstem Zusammenwirken mit den Moskauer Revolutionspartnern eine Revolution in Deutschland zu „machen“ bestrebt war. Ebenso wie die Hilfer-Ludendorff-Banden ihre Revolution zum 9. November angelegt hatten, um der „Judenrepublik“ den Garau zu machen, hatten die Herrscher im Kram gemeinsam mit ihren Mameluden in Berlin sich der Mission hingegeben, daß am 9. November die Sturmglöcke der proletarischen Revolution in Berlin erklingen würden.

Jetzt herrscht im Lager der Links- und Rechtsputschisten dieselbe Zerfahrenheit und Verwirrung. Während sich die deutschösterreichischen Putschisten gegenseitig die schlimmsten Anklagen an den Kopf werfen, kämpfen die einzelnen Gruppen und Klauen in der kommunistischen Partei um die „neue Taktik“, die diesmal tödlicher den Erfolg bringen würde. Da eine Einigung an Ort und Stelle nicht zu erzielen war, ist ein besonderes Konzil nach Moskau einberufen worden, auf dem die streitenden Brüder zur Einigung gebracht werden sollen. Wie es auf diesem Konzil zugeht, schildert der folgende Bericht der „Leipziger Volkszeitung“ aus Moskau:

Die Vorbereitungen über die deutsche Frage, die hier zwischen den russischen und deutschen Vertretern der 3. Internationale stattfinden, haben bisher eine Ablehnung der Thesen der Richtung Thalheimer-Brandier ergeben. Die beiden anderen Richtungen **Rosenfeld** und **Kuth** Fischer-Schölen haben sich entschlossen, einen Auszug ihrer Thesen herbeizuführen. Diese Resolutionen dürfen aber noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Da wahrscheinlich eine Verständigung zwischen dem Zentrum und dem linksradikalen Flügel zustande kommen wird, dürfte eine Spaltung der Partei oder das Überwiegen des rechtsradikalen Flügels vermieden werden. Die Entwicklung der politischen Lage in Deutschland hat ihre Auswirkung auch auf Sowjetrußland gezeigt. Als Vertreter der Thesen für Deutschland ist besonders **Kadef** in den Hintergrund getreten, da seine Vorurteile für die revolutionäre Entwicklung in Deutschland sich nicht bewahrheitet haben.

Demnach dürfte es noch einige Zeit dauern, ehe wir Endgültiges über die neuen revolutionären Rezepte erfahren, die in Moskau ausgeklügelt werden. Inzwischen bleibt den kommunistischen Funktionären in Ermangelung eines „positiven Programms“ nichts anderes übrig, als die alten Weizen gegen die „verräterische“ Sozialdemokratie herunterzulassen und die von ihnen beherrschten Arbeiter durch verstärkte Zerstörungswelt in allen proletarischen Organisationen über ihren eigenen Rohrhammer hinwegzutäuschen.

Der Wahlkampf in Bayern.

München, 22. Januar. (W.B.) Der diesjährige Parteitag des Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes nahm eine Entscheidung an, in der erklärt wird, daß der Bund selbständig in den Wahlkampf für den Landtag und den Reichstag ziehen müsse. Wenn die Aufhebung des Landwirtschaftsministeriums wurde einstimmig Protest erhoben. Zum Vorsitzenden wurde der frühere Reichsernährungsminister **Prof. Dr. Behr** gewählt.

Die Strafkammer des Landgerichts Söllngen verurteilte mehrere Mitglieder der kommunistischen Jugend, die Angehörige des Jungdeutschen Ordens in Ronsdorf und Büttrichhausen überfallen und schwer mißhandelt hatten, zu Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr drei Monaten. Die Verhandlung ergab, daß es sich um einen vorbereiteten Überfall gehandelt habe.

Obst und Südfrüchte.

Alles da — füllt man sich versucht auszuruhen, wenn man die reich gefüllten Stände und Wagen der sehnsüchtigen und fliegenden Obsthandlanger in Augenschein nimmt. Das einheimische Obst freilich ist — eine Folge der schlechten Ernte — stark zusammengeschrumpft: einige Kessel zeugen noch von verschwundener Frucht. Aber das Uebrige — hat ab vor der Rentenmarkt, die das Wunder vollbrachte, die ledernen Südfrüchte um „bürgerliche“ Preise herbeizuschaffen. Das Dupend Apfelsinen für eine Mark — sozusagen Vorkriegspreis. Und Mandarinen, diese köstlichsten Vertreter des Südens, sind für 60 Pf. das Pfund zu haben. Nun gibt es noch echte Restanten — schade, daß der „Marronibrater“ aus unserer Straßenbühne verschwunden ist. Aus unserer Schulzeit wissen wir es noch ganz genau: unfehlbar stand er bei Schluß vor der Tür und heimte unsere Groschen für seine Lüten mit den gebratenen Restanten — „heiß sind sie noch“ — ein. Sie dienten zu gleicher Zeit, da wir in jenem glücklichen Alter an Handschuhe noch nicht dachten, als Faustwärmer, wenigstens so lange, bis ihr Inhalt aufgezehrt war. — Aber weiter in der Obstrevue: Da lodt schon eine durchgeschnittene Ananas, eine Welle süßlichen Duftes ausströmend, hier hängen „spanische“ Weintrauben, dann Datteln und Feigen. Die kleinen Mädchen, die dem Säßen so gewogen sind, stehen jetzt vor der schweren Entscheidung, ob Schokolade oder „Süßfrucht“? Erstere sättigt mehr, aber letztere lodt mehr den Gaumen und ist, um auch die Stimme der Vernunft zu hören, der Gesundheit besonders zuträglich.

Viele, oder sollen wir sagen die meisten, werden sich allerdings mit dem Anblick begnügen müssen; wo Schmalhans Küchenmeister ist, gestattet das Budget keine Extrausgaben. Man muß auf bessere Zeiten warten — es ist nötig, daß sie bald kommen.

Der Mann mit den vier Bräuten.

Die Vertrauensseligen werden nicht alle.

Eine Wanderung durch die Strafgerichte Deutschlands macht gegenwärtig der Kaufmann **Karl Rodmann**, der ein berufsmäßiger Heiratschwindler ist und dieses Gewerbe schon seit langen Jahren betreibt. Er hat bereits schwere Zuchthausstrafen, die ihm in Hamburg und in Hannover auferlegt waren, verbüßt.

Immer wieder versteht er es, sich vertrauensseligen Frauen in vorgerückten Jahren zu nähern und in ihnen die Hoffnung auf die erkante Heirat zu erwecken. Vor einiger Zeit ist er in Halle vor der Strafkammer wegen zahlreicher Heiratschwindelbeisen abgeurteilt worden und hat auch in München noch ein weiteres Strafstoß auszusitzen. In Berlin hat er in den Jahren 1920 bis 1922, nachdem er das Zuchthaus wieder einmal verlassen hatte, mit einer Reihe von Frauen und zwar nicht weniger als vier zu gleicher Zeit, Verbindung angeknüpft. Die Verbindungen kamen dadurch zustande, daß er Heiratsinserate aufgab, in denen er ein häusliches, freibames Mädchen, nicht unter 30 Jahren, zwecks Heirat kennenzulernen wünschte. Auf Grund dieser Inserate trat er dann mit den Frauen in Verbindung. Vorniegend suchte er Wirtschaftlerinnen auf, die Ersparnisse gemacht hatten. Seinem sicheren Auftreten gelang es, die Mädchen darauf zu betören, daß sie ihm für seine gewinnbringenden Geschäfte nach und nach ihre gesamten Ersparnisse hergaben und sogar Wäsche und Schmuckstücke zum Verlaß. Als eine der Betrogenen schließlich stuhig wurde, da sie zufällig wieder das gleiche Inserat in der Zeitung las und sogleich vermutete, daß es **Rodmann** sei, veranlaßte sie eine Freundin, sich zu melden. **Rodmann** machte die ihm Mädchen auch dieselben Angaben über seine Vermögensverhältnisse und versprach ihr schon am ersten Abend der Bekanntschaft die Ehe. Dadurch wurde aufgedeckt, daß **Rodmann** zu gleicher Zeit vier Bräute in Berlin hatte. — Das Schöffengericht Charlottenburg hat **Rodmann** wegen Betruges in scharfverfärbendem Rückstoß zu einer Zuchthausstrafe in Höhe von 1½ Jahren verurteilt. Gegen dieses Urteil hatte **Rodmann** Berufung eingelegt, und der Verteidiger machte als mildernd vor der Strafkammer geltend, daß die Frauen es durch ihre Vertrauensseligkeit dem Angeklagten doch zu leicht gemacht hätten, daß sie schon am ersten Abend der Bekanntschaft sich ohne jede weitere Erkundigung mit ihm verlobt hätten. Die Strafkammer hielt aber die erkante Strafe für durchaus angemessen und verwarf die Berufung.

Schwimmen die Gaswerke in Geld!

Für die Ablesung des Gasmessersandes wurde von den Gaswerken der Stadt in den Monaten rapidester Geldentwertung die vierzehntägige Periode eingeführt. Wohlgerne: die vierzehntägige, nicht etwa eine halbmönatliche. Daß zwischen vierzehntägiger und fünfzehn- oder sechzehntägiger Ablesung ein folgenreicher Unterschied bestand, mußte mancher Gasverbraucher an seinem Geldbeutel spüren. Die Vorchrift, alle vierzehn Tage den Messerstand abzulesen, wurde nämlich nicht in allen Inspektionsbezirken der Gaswerke durchgängig befolgt. Wenn dann ein Standabnehmer da, wo er sonst am Sonnabend zu kommen pflegte, plötzlich erst am darauffolgenden Montag kam, war wegen der für die neue Woche festgesetzten Gaspreiserhöhung das ganze bis zur Standabnahme verbrauchte Gas um fünfzigprozent höher zu bezahlen. In einem Inspektionsbezirk wurde auf den Anspruch des geschädigten Gasverbraucher von dem Vorsteher des Inspektionsbureaus, der es besser zu wissen glaubte, der Bescheid erteilt, die Ablesung habe nicht vierzehntägig, sondern halbmönatlich zu erfolgen. Das lief in der Wirkung auf eine Substanz der erlassenen Vorchrift hinaus und machte begreiflicherweise böses Blut, wobei der Gaswerksdirektion oder gar dem Magistrat vorzeitig aufs Konto gesetzt wurde, was der Inspektionsbezirkseiler angeht hatte. Inzwischen ist die Geldentwertung zum Stillstand gekommen und die Gaswerke haben bekanntgegeben, daß fortan die Ablesung wieder alle zwei Wochen vorgenommen werden soll. Jetzt erleben wir es aber, daß auch das wieder nicht durchgängig befolgt wird. Es gibt Gasverbraucher, die schon in der letzten Woche nach auf die Ablesung warten müssen. Handelt es sich da wieder um „Bessermisken“ eines Vorstehers, der keinen Kopf durchsehen will, oder fehlt es infolge von Entlassungen Angestellten an den Arbeitskräften, die zur pünktlichen Innehaltung des vorgeschriebenen Ablesungsplans erforderlich wären? Oder schwimmen vielleicht die Gaswerke schon wieder in Geld, daß sie es nicht nötig haben, sich mit der Entlohnung zu beeilen? Dann sollten sie die in Aussicht gestellte Ermäßigung des Gaspreises, auf die angesichts des Rückganges der Rohenerpreise die Verbraucher noch lehnlicher als auf die Standabnahme warten, schleunigst zur Tat machen.

Zu dem Prozeß der Reichsgewerkschaft gegen Meudorf.

Die in Nr. 25 des „Vorwärts“ mitgeteilten Erklärungen sind, wie die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnerinnen mittelst, gezeichnet. Die durch die Verurteilung **Meudorfs** geschaffene Klarheit von neuem in Unklarheit zu verwandeln. Wenn es sich bei den brieflichen und mündlichen Verhandlungen **Me** auch nicht direkt um angebliche kommunistische Streitigkeiten gehandelt hat, so ist doch dadurch die Meinung erweckt worden, als ob die Führer der Reichsgewerkschaft überhaupt kommunistische Gedanken erheben oder gar erheben hätten. Die Reaktionen haben diese Meinung in zweifelsfreier Weise entkräftet. **Meudorfs** Kustode eine für jeden Anwesenden klar vernehmlich dahin, daß bei der Zusammenkunft im **Parade** im Zusammenhange mit der damaligen Gründung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnerinnen handelte und **Meudorf** auch der Tische **Meudorfs** an dem wurde, daß die Sache doch **Meudorfs** verurteilt. Nur in solcher Entlohnung selbstständigen Bemerkung ist die Gedächtnisfrage gestellt worden. Die

Zusage **Meudorfs** hat im übrigen höchst klar und unmissverständlich die Tatsache ergeben, daß eben keinerlei kommunistische Gedächtnis erbeten oder gar gegeben worden ist.

Hierzu bemerkt die Gegenpartei noch folgendes: Daß durch die Zeugenaussagen die Meinung, es seien kommunistische Gelder erbeten oder gegeben worden, „in zweifelsfreier Weise entkräftet“ ist, ist keine Feststellung des Gerichts, sondern ein Werturteil der Kläger, also einer interessierten Parteipartei. Aber da „entkräftet“ nur soviel heißt wie abgeschwächt und damit die Kläger das Ergebnis ihres Prozesses schon etwas bescheidener einortieren, mag „entkräftet“ bis zur kommenden weiteren gerichtlichen Verhandlung unferntwegen bestehen bleiben. Es besteht schon jetzt Grund zu der Annahme, daß die kommenden Verhandlungen die Sache noch weiter aufklären werden. Aufklärung und Beweisen ist jetzt schon, daß Herr **Meudorf** mit der kommunistischen Parteileitung (Geschäfts) in Verbindung gestanden hat.

Wir bringen aus Gründen der Bogaftät die Erklärungen beider Richtungen und schließen hiermit die Aussprache.

Annahme der neuen städtischen Steuern.

Kompromißvorschlag im städtischen Haushaltsausschuß.

Heute vormittag beschäftigte sich der Staatsausschuß erneut mit den Steuerforderungen des Magistrats und kam schließlich nach langem Hin und Her zu dem städtischen o h n e A b s t i m m u n g angenehmen Ergebnis, den Fraktionen zu ihren heutigen Beratungen folgende Vorschläge zu unterbreiten:

Erhöhung der Grundsteuern für bebauete Grundstücke auf 100 Proz. der Staatssteuer, für unbebaute auf 50 Proz. (bisheriger Satz 33½ Proz. Zuschlag). Diese Erhöhung gilt unter der Voraussetzung der Annahme einer Resolution, die den Magistrat ermächtigt, im Nichtbeitreibungsfalle die Steuern niederzuschlagen. Ferner Erhöhung der Lohnsummensteuer von jetzt 1 Proz. der Lohnsumme auf 1,5 Proz. in Betrieben mit mehr als 50 Arbeitnehmern und 2 Proz. in Betrieben mit mehr als 100 Arbeitnehmern. Die Hundesteuer soll von 20 M. jährlich auf 30 M. erhöht werden, was einen Zuschlag für das laufende Quartal von 2,50 M. bedingt. Die Höhe der Vermögenssteuer werden nach den Vorschlägen des Magistrats in der Regel um je 3 Proz. erhöht, auf eine Erhöhung der Pflanzsteuer wird verzichtet. Es soll eine gewisse Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer durchzuführen werden.

In der Frage der Grunderhöhung veränderte sich die Situation für die Parteien ganz wesentlich durch die Erklärungen des Magistrats, daß nach der neuen Verordnung des preussischen Wohnfahrtsministers, die die Miete vom 1. Februar an auf 30 Prozent der Friedensgrundmiete festsetzt, eine Umlegung der Grundsteuer ebenso wenig in Betracht kommt, wie eine Umlegung der bisher unvollständigen Wollfabrik, Gas-, Wasser- ufm. Gebühren. Auf der rechten wurden nach diesen Feststellungen die lebhaftesten Bedenken gegen die Erhöhung der Grundsteuer laut, während die Linke bereit war, ihr zuzustimmen. Im übrigen wird der Haushaltsausschuß am Donnerstag vormittag noch einmal zusammenzutreten, um auf Grund des Ergebnisses der Fraktionsberatungen endgültige Beschlüsse zu fassen. Immerhin kann man damit rechnen, daß am Donnerstag die Steuerentwürfe in zweiter Beratung verabschiedet und der Kammerer von einer feiner dringenden Sorgen befreit werden wird. Daß dem enträtselten Einvernehmen der Sozialdemokratie wird er nicht nur das Ergebnis der Grundsteuern, sondern auch die anderen Steuern, die schätzungsweise doch etwa 3 Millionen Goldmark im laufenden Quartal abwerfen, in seine Schranken stellen können. Glücklicher Kammerer, glückliches Berlin!

Kastner und Plüge.

Zu der Verhaftung zweier Großschwindler.

Die soeben stattgefundene Verhaftung zweier Großschwindler namens **Kastner** und **Plüge** hat bereits weitere Kreise gezogen. Die Untersuchung greift nicht nur nach Steinf und Hamburg hinüber, sondern dehnt sich auch in Berlin selbst noch weiter aus. Hier müssen auf noch unbekanntem Boden bedeutende Warenmengen versteckt sein. **Kastner**, der gern als Ausländer auftrat, spielte eine Doppelrolle. In seiner Kleidung war er der Mann, der **Kolluschers** Schwindelaufträge gab, um ihr Fuhrwerk stehlen zu können. Unter der Herrenkleidung irug er einen Arbeitsanzug, in dem er selbst ein Kolluschers zu sein schien, und die Beute von dem gestohlenen Fuhrwerk, das er dann irgenbwo leer stehen ließ, auf ein anderes überlud. Mittellungen über derartige Schwindelaktionen und Diebereien, insbesondere von bestohlenen Kolluschern, und über den Verbleib gestohlener Waren nimmt Kriminalkommissar **Koch** im Polizeipräsidium entgegen. — **Plüge** hingegen betrieb den Gründungschwindel. Als **Bernhard Mertens** gründete er das „Modellhaus Königsberg“ am **Barabepfich** in **Stettin** und den **Reichsverband deutscher Kinderbeistehenden**. Als Gründer der „Konsumgenossenschaft deutscher Birnenkünstler“ nannte er sich das erste Mal **Brand** und ein zweites Mal **Wolff**. Als **G. Schwarz** gründete er den „Wirtschaftsverband Groß-Berliner Hausbesitzer“. Als **W. Brand** leitete er die „Güterverwertung der E. v. Bedenschen Erben“, als **Brand** leitete die „Kolonialwaren-Güterverwertung“ und unter der Firma **R. Richter u. Hoffmann** endlich den „Kreisverband Udermärkischer Landwirte“. Das werden aber noch nicht alle Namen sein. Hierzu nimmt Kriminalkommissar **Binnemann** im Polizeipräsidium Mittellungen entgegen.

Unzureichende Straßenbeleuchtung.

Die Beleuchtung der meisten mit Gastandefahren versehenen Berliner Straßen hat in der letzten Zeit zu lebhaftesten Klagen Anlaß gegeben. Wie wir hören, handelt es sich dabei jedoch nicht um eine Mangelnahme der hierfür zuständigen städtischen Stelle, sondern um die Folgen von Witterungseinflüssen. Mit dem Einsetzen des Tauwetters haben sich nämlich die in den Gassen und auf den Kanälen vorhandenen Eisensamen gelöst, die nun vielfach die Stromzufuhr unterbinden, weil sie die Kanäle verstopfen. Der Beleuchtungsinspektion manost es an den notwendigen Einrichtungen zum Ausräumen der Kanäle; sie muß sich mit warmem Wasser helfen, das zwischen die Leitungen und die Schächte geschossen wird, bei etmaligen neuen Frostwettern aber leicht zu weiterer Eisbildung Anlaß geben kann. Diese Witterungsfolgen machen sich in verschiedenen Stadtteilen äußerst empfindlich bemerkbar. So doch beispielsweise in **Neutölln** zwei Drittel aller Gasfandelaber nicht gebrauchsfähig sind. An der Beseitigung dieser unerfreulichen Zustände ist nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die Polizei interessiert, die wiederholt Vorstellungen wegen der unzureichenden Straßenbeleuchtung erhoben hat.

Die **Tamara** der **Jahnräfte**, die am 20. und 21. Januar in Berlin als 13. ordentliche Hauptversammlung des Reichsverbandes der Zahnärzte Deutschlands **E. V. Rattdand**, erob das schwerste Bedenken dagegen, daß die kommunalen Verwaltungen mit ihren Abbaubestrebungen in besonders hohem Maße auch die öffentliche Schulzahnpflege unzureichend beachteten. Die Versammlung machte dringend auf die bevorstehende Schädigung der allgemeinen Gesundheitspflege aufmerksam.

Die **Groß-Berliner Schulbewegung**. Im öffentlichen Versammlung der „Entwickelbaren Schulreformer“ bestritten dies **Thema** am Dienstag, den 22. abends 7½ Uhr, im **Bermer-Siemens-Reichsballsaal**, **Dahlembaustr. 47/48**, **Lehrer Adolf Schreiber** (die **Wittliche Schule**), **Lehrer Ernst Dabbe** (die **Gemeinschaftsschule**) und **Berufsschuldirektor Johann Handke** (das **Berufs-Schulwesen**). Jedermann ist eingeladen. Unkostenbeitrag.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

17. Kreis, Jungsozialisten und Arbeit Jugend 4. Gründungsjubiläum, 7½, 12½, Jugendheim, **Barabepfich** 10.

Gewerkschaftsbewegung

Eine erbärmliche Spekulation.

Durch Vermittlung der Ammonoxepeditoren des Inaassenbank brachte das „Berliner Tageblatt“ am Sonntag ein Inserat, das sich an Arbeiter, Angestellte, Beamte und „Heiser“ wendet. Die Lage ausbessern, große soziale und politische Reformen auf bürgerlicher und freier Grundbasis anzustreben wollen. Sie brauchen zu diesem Zweck nur mitzukommen. „Rationale Gewerksvereine“ zu gründen. (Keine gelben. Redungen unter „Bohnkampf“, nicht „Klassenkampf“.)

Wenn die „rationale“ Sache beruht auf dem Hund gekommen ist, daß sie zu solchen Mitteln greifen muß, so liegt das lediglich an dieser hiesigen Sache selber, die mit dem Rationalbegriff Schindluder treibt um ihn gewissen hinterhältigen Interessen dienlich zu machen. Insofern ist es erfreulich zu sehen, daß sich zu diesem Treiben bisher noch keine vernünftig denkende und charakterfeste Arbeiter, Angestellte und Beamte gefunden haben. Unlagbar niedrig aber ist die Spekulation auf die augenblickliche Notlage der erwerbslosen Arbeiter, Angestellten und Beamten, die ihre Gesinnung verkaufen und „Rationale Gewerksvereine“ gründen sollen. Um diese abscheuliche Spekulation wirkungsvoller zu gestalten, wird den Dummen und Charakterlosen versichert, es handle sich nicht um gelbe Grundungen, sondern um solche auf „bürgerlicher und freier Grundbasis“, um „große“ soziale und politische Reformen; um „Bohnkampf“ — nicht „Klassenkampf“. Mögen sich gegen gute Bezahlung „Heiser“ finden. Arbeiter, Angestellte und Beamte aber wird man sicherlich vergeblich suchen. Würden sie doch die Organisation verraten, zu der sie gehören.

Die Arbeitnehmererschaft aber mag aus diesem Vorkommnis sehen, wie groß gegenwärtig das Interesse an der noch größeren Zerspaltung ihrer Kräfte in alle möglichen Richtungen zu schwachen Gruppen in den Kreisen ist, in denen Geld keine Rolle spielt. Die Unternehmer sind in einer einzigen Spitzenorganisation verbunden und lassen dabei alle politischen und religiösen Interessen beiseite. Sie sind in ihrer wirtschaftlichen Interessenvertretung einig. Würden sie auch einmal die Arbeiter dahin bringen!

Arbeitszeitverordnung.

Künftig wird berichtet: „Nach der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 können Bestimmungen von Tarifverträgen, die eine geringere als nach der Verordnung zulässige Arbeitszeit vorsehen, mit dreißigtägiger Frist gekündigt werden. Auf mehrfache Anfragen über die Bedeutung dieser Vorschrift hat das Reichsarbeitsministerium geantwortet, daß die Kündigung nicht nur dann zulässig ist, wenn der Tarifvertrag eine geringere als die achtstündige tägliche oder die achtundvierzigstündige wöchentliche Arbeitszeit festsetzt, sondern auch dann, wenn er von der durch die Verordnung gegebenen Möglichkeit, die Arbeitszeit zu verlängern, keinen Gebrauch macht.“

Ausperrung der Waffinstrumentenmacher.

Die Funktionäre der ausgesperrten Waffinstrumentenarbeiter nahmen Montagabend in überfüllter Versammlung zur Ausperrung Stellung. Darn ergänzte die aus dem „Vorwärts“ bereits bekannte Vorgeschichte der Ausperrung. Nachdem den Arbeitern der Firma Bechstein insofern fortgesetzter Provokationen die Geduld zuerst und sie die Arbeit niederlegten, benutzten die Unternehmer den am Donnerstag gefällten Schiedsspruch dazu, die gesamte Arbeitnehmererschaft der Branche hinauszuerwerfen. Daß die Unternehmer gewillt waren, unter allen Umständen die Ausperrung durchzuführen, erhellt im besten aus der Tatsache, daß die Firma Bechstein ihre Arbeiter aufforderte, bis Donnerstag mittag die Arbeit wieder aufzunehmen, die Arbeitgeberorganisation aber die Verhandlungen zu einem Schlichter am Mittwoch durch Richterschemen sabotierte und so einen Spruch verhinderte. Da das nächste Schiedsgericht erst am Donnerstags nachmittag tagen konnte, war die Arbeitsaufnahme am Donnerstag mittag nicht möglich.

Dara erwähnte die Anwesenden, sich wie Streikende zu verhalten und zur geeigneten Durchführung der Bewegung alle gesetzlich erlaubten Mittel anzuwenden. Zur materiellen Unterstützung der Ausgesperrten haben sich alle Branchen des Schlarbeiterverbandes bereit erklärt. Die Branchenleitung machte die Ausgesperrten darauf aufmerksam, innerhalb der vorgeschriebenen Frist von 5 Tagen nach der Entlassung, die Bezüge der Ferientage zu verlangen, damit diese Forderung nicht verloren gehen kann.

Fragen der Arbeitslosenversicherung.

In vielen Ländern wurde die Notwendigkeit der Zahlung von Unterstützung im Fall unwillkürlicher Arbeitslosigkeit erst nach dem Weltkrieg klar, als die Arbeitslosigkeit infolge der weitgehenden Störungen der Wirtschaft einen ungeheuren Umfang annahm. Teilweise wurde zu dem Zweck eine Arbeitslosenversicherung geschaffen, teilweise erfolgte die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln ohne Einrichtung einer Versicherung, wobei die Zahlungen nicht die Form von Armenunterstützung, sondern von Entschädigung für Erwerbslosigkeit annahmen. Seitdem wurde die Arbeitslosenversicherung verschiedentlich ausgebaut. In Großbritannien wurde die Versicherungspflicht auf alle mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Arbeiter und der häuslichen Dienstboten erstreckt; sie umfaßt nun rund 12 Millionen Personen. Ueberdies wurde die

obligatorische Versicherung gegen Arbeitslosigkeit in Oesterreich und Italien eingeführt und in Deutschland hat die Regierung einen darauf bezüglichen Gesetzesentwurf vorgelegt. Der große Umfang der Arbeitslosigkeit hat es in manchen Ländern notwendig gemacht, außer den gesetzlich vorgesehenen Unterstützungsleistungen noch besondere Unterstützungen zu gewähren. Das in jüngster Zeit aufgetretene Streben nach Einschränkung der Staatsausgaben hat jedoch veranlaßt, daß auch mit den Aufwendungen für Arbeitslose gespart wird. Nähere Angaben über die Entwicklungstendenzen auf diesem Gebiet bringt das Dezemberheft der „International Labour Review“, die vom Internationalen Arbeitsamt herausgegeben wird.

Längere Arbeitszeit als Konkurrenzmaß.

Die Waffinstrumentenindustrie will ihre Arbeiter durch Ausperrung zwingen, den Achtstundentag preiszugeben. Wie strupplos das Unternehmertum dabei selbst gegen seinesgleichen vorgeht, zeigt ein Rundschreiben der Firma Adolf Kummer, Maschinen- und Maschinfabrik in Zeitz an ihre Kundschaft. Das charakteristische Schriftstück lautet:

Anfolge der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen wir leiden, ist meine Belegschaft, mit Ausnahme einiger Unentwegten, die aber bei fernerer Weigerung durch andere Personen ersetzt werden, bereit, entweder eine wöchentliche 54, 57, oder auch gleich 60stündige Arbeit zu leisten, trotz entgegenstehender tariflicher Vereinbarung der hiesigen Industrie mit den Gewerkschaften.

Ich will nun diese meine lang gehegte Absicht zur Durchführung bringen und als erster hiesiger Betrieb möglichst gleich zur 60stündigen Arbeitszeit übergehen. Die Folgen wären ganz bedeutend — verbilligte Herstellung meiner Erzeugnisse durch starke Herabminderung der Fabrikationskosten infolge besserer Ausnutzung aller vorhandenen Produktionsmittel. In den Belegschaften der anderen hiesigen Betriebe aller Industriezweige wird sich das Bestreben bald bemerkbar machen, infolge des größeren Verdienstes und dadurch bedingte bessere Lebenshaltung auch länger arbeiten zu wollen. Der Reiz der anderen würde jedenfalls bald erweckt werden.

Auf meine bisherigen Anregungen meiner Belegschaft gegenüber wurde mir immer die gänzlich unbegründete Antwort zuteil, es wäre ja nicht einmal für 48 oder 32 Stunden Arbeit vorhanden; die Arbeitslosigkeit würde dadurch immer größer, und andere allgemein gehörende Schlagwörter. Die Bereitschaft zur längeren Arbeit ist jetzt also geschaffen. Zur Durchführung gehören aber in erster Linie genügend Aufträge, damit kein Mißerfolg zu verzeichnen ist und auf seiten der Gewerkschaften nicht triumphiert werden kann; denn mein Betrieb ist ja der erste, der die tarifliche Arbeitszeit von 48 Stunden durchbrechen will. Bezüglich der Preise kann ich natürlicherweise heute noch nichts Genaueres berichten.

Was Kummer empfiehlt sich als außenstehender Scharfmacher, will aber dafür, daß er der erste ist, der über die von den Unternehmern geforderte Arbeitszeit von 54 Stunden hinaus auf 60 Stunden geht und die übrigen Betriebe ihm zu folgen zwingen will, den Rahm abschöpfen. Die Arbeiter dieser alten Firma verdienen die Krüge, die sie ihnen zugebracht hat, wenn sie sich zu einer solchen Spekulation mißbrauchen lassen.

Das ist ja das Unheil dieser rüchständigen Gesellschaft von Unternehmern, in das sie die Arbeiterschaft mit hineinzieht, daß sie ihren ganzen Scharfsinn an solche pfiffige Einfälle spekulieren wendet, anstatt alles baranzusehen, durch technische Verbesserungen in Verbindung mit einem ausgehulten Arbeiterstamm, der nur durch günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu halten und zu ergänzen ist, wie durch reelles Preisgeben auf die Höhe zu kommen. Wieviel könnten solche Stillen von einem Unternehmer wie Henry Ford lernen!

Feierschichten wegen Wagenmangel.

Am Montag mittag mußten die sämtlichen Schicht der Zeche Consolidation (Mannesmann-Wöhren-Werke L.G.) Feierschichten einlegen, nachdem schon am vergangenen Donnerstag aus dem gleichen Grunde die Belegschaften von Feiern genunnen waren.

Einen Teil der Arbeiter läßt man arbeitslos, von dem anderen Teil fordert man längere Arbeitszeit und läßt ihn dann auf seine Kosten Feierschichten machen. Bei solchen Klößen über Wagenmangel weiß man nie recht, ob sie begründet sind oder ob sie gesucht sind, um die auf privatwirtschaftlichen Betrieb der Eisenbahnen abzielenden Tendenzen zu fördern. Nur soviel steht fest: die Arbeiter sollen auf alle Fälle die Zeche bezahlen.

Der Lokomotivführerstreik in England.

Diese Bewegung zeigt den erheblichen Nachteil, daß die Lokomotivführer und Heizer für sich besonders organisiert sind, anstatt zusammen mit den Eisenbahnern. Dann konnte der Streik entweder nicht erst ausbrechen oder aber er hätte von vornherein mit weit größerem Nachdruck eingeleitet. Den Streikenden fehlt die Solidarität der Gesamtarbeiterschaft. Während die vor der Regierungsübernahme stehende Arbeiterpartei versucht hat, den Streik zu verhindern, an dem die von J. B. Thomas geführte Nationale Gewerkschaft der Eisenbahner nicht beteiligt ist, erklärte ein hoher Beamter des Eisenbahnministeriums, die gegenwärtige Regierung werde gegen den Streik keine besonderen Maßnahmen ergreifen, da ohnedies bald eine andere Regierung kommen werde.

Ueber die Ausdehnung und die Wirkungen des Streiks liegen die verschiedensten Meldungen vor, bei denen vielfach der Wunsch, den Streik als belanglos erscheinen zu lassen, maßgebend ist. Thomas habe den Streik als ein vollständiges Risiko bezeichnet. Die selbstverständliche Tatsache, daß der Verband der Heizer und Lokomotivführer auch jetzt noch sich zu Verhandlungen bereit erklärt hat, wird dahin ausgelegt, daß Bromley, der Führer der Streikenden, selber die Ausflüchte auf ein Würgen des Streiks nicht sehr hoch einschätze, trotzdem Bromley erklärt, der Streik werde erst am Donnerstag voll in Kraft treten und so lange dauern, bis den Streikenden bestimmte Zusicherungen bezüglich der Entscheidung des Bohnamis gemacht sind. Daß der Streik nicht wirkungslos ist, muß trotz allen Versuchen, ihn als wenig bedeutend erscheinen zu lassen, ohne weiteres zugegeben werden, was wiederum auf „Terror“ zurückgeführt wird.

Wizungse kam ein solcher Streik unmöglich dauern. Seine Dauer hängt wesentlich von der Bereitwilligkeit der Eisenbahngesellschaften zu einer Verständigung ab.

Der Genosse Ludwig Klapphuh konnte kürzlich auf eine fünfundsiebenzigjährige Tätigkeit als Vorstandsmitglied der Berliner Jahrestelle des Verbandes der Böttcher, Beindlifer und Hilfsarbeiter Deutschlands zurückblicken. Sein Verbandsorgan wünscht dem Jubilar, daß er sich noch viele Jahre zum Wohle des Verbandes betätigen kann und die Jungen sich seine Gewerkschaftstreue zum Vorbild nehmen. Diesem Wunsch schließen wir uns an.

Der Ostpreussische Arbeitgeberverband für Handel, Gewerbe und Industrie hat beschlossen (1), mit Wirkung ab 2. Februar die zehnstündige Arbeitszeit in seinen Betrieben einzuführen. Die Gewerkschaften wurden aufgefordert (1), sich dazu zu äußern. Sollten sie die zehnstündige Arbeitszeit ablehnen, so dürfte am 2. Februar die Stilllegung der Betriebe erfolgen.

W. K. Funktionäre Sammlung der heimischen Industrie am Donnerstag, den 24. abends 7 1/2 Uhr, in der Romanbancstr. 68/6 (Boelgerbau des 3. u. 4.).

Wirtschaft

25 Jahre Hamburger „Produktion“.

Die weit über Deutschlands Grenzen hinaus bekanntgewordene und geschätzte Hamburger Genossenschaft: Konsum, Bau- und Sparverein „Produktion“ blüht am 24. Januar 1924 auf ihr fünfundsiebenzigjähriges Bestehen zurück. Wie so viele Konsumvereine begann auch die Hamburger „Produktion“ im Jahre 1899 ihre entwicklungsreiche Tätigkeit in denkbar bescheidenem Umfang. Von wagemutigen Männern der Hamburger Arbeiterbewegung gewollt und gegründet, nahm das mit einem einzigen wanzigen Warenlager und Verteilungsabteil begonnene genossenschaftliche Unternehmen trotz erheblicher parteipolitischer Widerstände und der natürlichen Gegnerschaft des Privathandels einen nahezu beispiellosen Aufstieg. Das Programm, das in dem Roman der ins Leben gerufenen Genossenschaft keinen Ausdruck bekam, fand nach Ueberwindung erster Hemmnungen nicht nur begeisterte Anhänger, sondern auch eifrig tätige und praktische Förderer. Der Konsumgenossenschaftliche Gedanke fand in der Hamburger Arbeiterschaft festen Fuß und die genossenschaftlichen Auswirkungen zogen welche Kreise der Hamburger Bevölkerung zur Genossenschaft, die sich schnell ausdehnte. Die rechten Führer am rechten Platz, so wurde die Hamburger „Produktion“ im Laufe ihrer Entwicklung beispielgebend und in aller Genossenschaftswelt rühmlich bekannt. An Eigenbetrieben besitzt heute die „Produktion“: eine der größten Schlächtereien Deutschlands, der eine Fleischkonservenfabrik angegliedert ist, zwei Bäckereien, eine Konditorei, einen Mühlenbetrieb, eine chemisch-technische Fabrik, mehrere Lager. In dem Hauptlager befindet sich eine Schrotmühle, eine Kaffeeeröckeri und eine Mineralwasserfabrik. Sie betreibt weiter: eine Wäffelbäckerei, eine Schlosserei, eine Schmiede, eine Kiemerei, eine Tischerei, eine elektrische Werkstatt, eine Zigaretten-, ein 1600 Morgen großes Landgut und zwei Kollereianlagen. Von ihrer Bautätigkeit berichten viele Betriebsgebäude und über 100 Wohnhäuser mit mehr als 1000 Wohnungen. In Verteilungseinrichtungen sind vorhanden: 142 Verteilungsstellen für Kolonialwaren, 62 Schlächterläden, 61 Brotläden, 2 Wäffelbäckereien, 1 Defizitläden, 2 Kaufhäuser und 2 Kohlenlager. Zum Transport dienen 35 Automobile, 100 Wagen, 70 Pferde, 30 Schuten (Wasserfahrzeuge) und 2 Baracken für den Schleppland. Der soziale Charakter der „Produktion“ kommt besonders zum Ausdruck in der Errichtung und Unterhaltung des Kindererholungsheims in Hestzug an der Ostsee. Ueber 1000 Kinder finden jährlich im Heim unentgeltlich Aufnahme bei guter Verpflegung, bei Spiel im Park und an der See. So hat diese kraftvoll gewachsene Genossenschaft in den ersten 25 Jahren ihres Bestehens den viel gewürdigten Nachweis erbracht, daß die organisierte Kaufkraft der Verbraucher mächtig ist, eine vom Profitstreben freie Bedarfswirtschaft zu errichten, die zugleich beste Gemeinnützigkeit in sich trägt.

Verantwortlich für Politik: Gust. Krentz; Wirtschaft: Viktor Golevans; Genossenschaftsbewegung: A. Schütz; Frauenfragen: R. S. Köhler; Sozial- und Contingenz: Felix Karpf; Einzelnen: W. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Demokratischer Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Letzte Tage

Inventur-Ausverkauf

Herren-Stiefel 8⁹⁰

echt Rindbox mit Lederbrandsohlen, moderne breite Form 10.80, 9.80

Auf Raad genähte echt Boxcall-Damen-Halbschuh 10⁸⁰

sehr gut. Fabrikat, mod. kurze Form

Wir bringen auch in den letzten Tagen unseres Inventur-Ausverkaufs außergewöhnlich billige Preise. Hier nur einige Beispiele:

Damen-Halbschuh echt N. Chevrass und Cromleider, moderne kurze Form	Herren-Stiefel Orig. Goody, Welt, hervorrag. Fabrikat	12⁵⁰
Echt Boxcall moderne kurze Form	Herren-Schallstiefel sehr gute Kernsohlen	10⁸⁰
Altenvauale ganz spitze Form mit halbhohem Absatz, sehr gute Fabrikat	Dirndstoll-Haussch. entsprechende Farben	85^{Pf.}
Damen-Stiefel echt Chevrass, moderne Form	Kinderstiefel Leider u. L. 1-3, 5, 9, 13, 17, 21	4⁹⁰
	Warme Kinderschuh-Stiefel mit Lederbrandsohlen, Ordnung 18-22	95^{Pf.}

im Großdetail

Schuh-Lokal

Münzstr. 25 — Frankfurter Allee 54 — ^{neu} eröffnet! Köfibuser Damm 13.

Strickwesten
Elegante Kinderkleidung
Ständl. großes Fabrikat in Strick- und Wollwaren aller Art zum Einzelverkauf
Bruno Richter & Co. Fabrik-Niederlage Strick- u. Wollwaren
Bin.-Pankow, jetzt Mühlenstr. 1 (Ecke Breite Straße)

Karneval-Artikel billig!
Domino-Maschen 5 Pf. an Mützen 2 Pf. an Papier-schlangen, Kesseln, Nadeln, Artikel, Antestek, ungen. / allwissend, Feuerwerk, u. Wollsch. A. Mann & Co., Wollwaren, Brauer 84, neben Jordan, geg. 1924, 10-6 Uhr.

TRAURINGE
in jed. Größe u. Qualität, stets vorrät, nur bill. Preisberechn.
M. Dinse, Juwelier
Lichtenberg, Frankf. Allee 202
Nähe Bahnh. Lichtenb.-Friedrichstr.
Tel. Lichtenb. 3227

Marken-Zigaretten
Tabake / Zigarren
Bambachi, Manoli, Marani, Garbaly, Reemama, Wencast, Konstantin, Joselit, Nassary, Salom, Panda, Tescovi
Achtung!
Fritz Stein
Lichtenberg - Münzstr. 120
Nähe Lichtenbergstr. 10

Korb- u. Holz-möbel
Eig. Fabrik, stets herv. vortrag. Neuherg. Gr. Auswahl, Billige Preise
Ludwig Vol. u. Secklitz
Berliner Str. 14, Nähe Hermannplatz — Tel. Neukölln 2254
Reparaturarbeiten, sämtlich Korbwaren

Großvertrieb von **Mohammed-Zigaretten**
Marken-Zigaretten
Tabake, Zigarren
Garbaly, Jositta, Frohm, Salem, Dote, Reemama, Konstantin, Tescovi und viele andere Marken meist unter Tagespreis.
Tabak-Großhandlung H. Riesenberger, Jannstr. 31, am Rosenthal, Tel. Rosenthal 1708